

Centro Studi Villa Negroni, 25. November 2024

Stefan Walter, CEO of FINMA

(Übersetzt aus der englischen Originalfassung)

Erhöhte Risiken: Implikationen für Governance und Risikomanagement

Schlüsselaussagen:

1. Wir befinden uns in einer Situation von erhöhten finanziellen und nicht-finanziellen Risiken.
2. Die aktuelle Risikolandschaft ist zunehmend von geopolitischen Spannungen, erhöhter Staatsverschuldung in bestimmten Ländern und das Risiko steigender Handelshemmnisse geprägt. Deren Auswirkungen auf das Finanzsystem sind schwierig einzuschätzen. Jedoch können sie beispielsweise direkt Credit-Spreads von Unternehmen und Staaten beeinflussen. Davon können wiederum alle Finanzinstitute betroffen sein.
3. Bei den nicht-finanziellen Risiken stellen wir in diesem Umfeld ebenfalls erhöhte Risiken in den Bereichen Sanktionen, Geldwäscherei und Cyber fest. Diese können ihrerseits zu Rechts- und Reputationsrisiken sowie operationelle Risiken für Finanzintermediäre führen.
4. Das Management und Mitigieren der wachsenden finanziellen und nicht-finanziellen Risiken und ihren möglichen Folgen bilden den Kern eines nachhaltigen Geschäftsmodells. Dazu zählen eine wirksame Unternehmensführung und Risikokultur. Konkret sind Szenarioanalysen und Stresstests, die für die jeweiligen Geschäftsmodelle relevant sind, essenziell, um sich in diesem unsicheren Umfeld zurechtzufinden.
5. Die Verantwortung für eine angemessene Unternehmensführung und Risikokultur liegt bei den Finanzinstituten. Die FINMA schreitet frühzeitig ein, wenn sich abzeichnet, dass die beaufsichtigten Institute dieser Verantwortung nicht gerecht werden oder ihre Risiken nicht im Griff haben. Die FINMA handelt dabei risikobasiert und ist einer prinzipienbasierten, proportionalen und technologieneutralen Aufsicht verpflichtet.
6. Vor diesem Hintergrund gilt es umso mehr, wachsam zu bleiben, die Risiken, ob finanzieller oder nicht-finanzieller Natur, zu antizipieren und sich darauf zu konzentrieren, sie zu reduzieren.

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir treffen uns zum jährlichen Austausch und ich bedanke mich herzlich beim Centro Studi Villa Negroni für die ausgezeichnete Organisation und Gastfreundschaft.

In vergangenen Auftritten habe ich die Bedeutung einer effektiven, prinzipienbasierten, proportionalen und technologieutralen Finanzmarktaufsicht für die Finanzstabilität und den Wohlstand hervorgehoben. Heute werde ich über die Risikolandschaft, in der sich die Finanzinstitute bewegen, sprechen und mich dabei auf die Entwicklungen von finanziellen und nicht-finanziellen Risiken konzentrieren. Es ist essenziell, dass Finanzinstitute die Risiken und ihre möglichen Folgen, wenn sie sich verwirklichen, verstehen und dass sie diese angemessen angehen und mindern. Denn ein wirksames Risikomanagement durch eine starke Unternehmensführung und Risikokultur bildet den Kern eines nachhaltigen Geschäftsmodells und einer umfassenden Finanzstabilität.

Finanzinstitute müssen sowohl kurzfristige Bedrohungen als auch auf Gefahren, die sich am Horizont abzeichnen, im Blick haben. Es liegt in erster Linie in der Verantwortung der beaufsichtigten Institute, die Risiken zu erkennen und allfällige Massnahmen zu ergreifen. Die Finanzmarktaufsicht ist die zweite Verteidigungslinie («second-line-of-defense»). Die Aufsichtsbehörden müssen frühzeitig eingreifen, wenn sich abzeichnet, dass ein beaufsichtigtes Institut seinen Verpflichtungen betreffend Governance und Risikoappetit nicht nachkommt oder seine Risiken nicht im Griff hat.

Doch welche konkreten Risiken sind das?

Am 18. November hat die FINMA ihren jährlichen Risikomonitor publiziert. Der Risikomonitor schafft Transparenz für die beaufsichtigten Institute und die breite Öffentlichkeit darüber, wie die FINMA die Risikolandschaft einschätzt. Der Bericht beschreibt auch den Schwerpunkt der Aufsichtstätigkeit der FINMA auf der Grundlage dieser Risiken. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um diesen Bericht für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen von Finanzinstituten zur Lektüre zu empfehlen.

Wir befinden uns in einer Situation von erhöhten finanziellen und nicht-finanziellen Risiken. Zu ersteren gehören beispielsweise Kreditrisiken, zu letzteren Cyberrisiken.

Im gegenwärtigen Umfeld nehmen die Risiken aufgrund geopolitischer Spannungen, erhöhter Staatsverschuldung in einzelnen Ländern und Handelsbarrieren zu. Diese Risiken und ihre Auswirkungen auf das Finanzsystem sind schwer einzuschätzen. Trotzdem ist es unabdingbar, dass Finanzinstitute die nötigen Vorkehrungen treffen, um ihre Risiken zu verstehen und die negativen

Auswirkungen zu steuern. Hierbei sind Szenarioanalysen und Stresstests, die für die jeweiligen Geschäftsmodelle relevant sind, essenziell, um sich in einem solch unsicheren Umfeld zurechtzufinden. Der Risikoappetit einer Institution ist so zu gestalten, dass er mit einer erhöhten Volatilität und Risikoaversion sowie Stress im Markt kompatibel ist. Schliesslich sind in Zeiten erhöhter Unsicherheit ausreichende Kapital- und Liquiditätspuffer, ein diversifiziertes Funding und das Management von Risikokonzentrationen (Klumpenrisiken) entscheidend. Strukturelle Änderungen – insbesondere die Digitalisierung und die sozialen Medien – die einen schnelleren Liquiditätsabfluss begünstigen können, sollten auch bei der Risikobewertung der Institute berücksichtigt werden.

Im Bereich der finanziellen Risiken sehen wir, dass mit gesunkener Inflation, tieferen Leitzinsen und erhöhter Wahrscheinlichkeit eines «Soft-Landing» das Zinsschockrisiko tiefer ist als in der Vergangenheit. Wir haben dieses Risiko denn auch in unserem Risikomonitor heruntergestuft. Allerdings ist weiterhin Vorsicht geboten: Auch wenn die Wahrscheinlichkeit von Zinsschocks im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, bleibt das Risiko von systemischen Finanzschocks aufgrund der erhöhten geopolitischen Risiken und der Auswirkungen auf die Credit-Spreads von Unternehmen und Staaten hoch. Die zunehmende Staatsverschuldung in bestimmten Ländern kann das Ausmass solcher Schocks verstärken. Das Finanzmarktumfeld bleibt somit wegen der aktuellen finanziellen und geopolitischen Dynamik von grossen Unsicherheiten geprägt.

Wir stellen weiterhin auch ein hohes Kreditrisiko fest. Nebst der allgemeinen Wirtschaftslage ist dies auf «Lag-Effekte» zurückzuführen, insbesondere die Nachwirkungen der Covid-Pandemie und die jüngste Phase höherer Zinsen.

Ausdrücklich zu erwähnen ist auch der Hypothekarbereich, in dem die Verwundbarkeiten hoch bleiben, wie unsere jüngsten Stresstests gezeigt haben. Viele Banken haben eine hohe Ausrichtung auf den Markt für Wohnbauhypotheken. Einige Banken gewähren weiterhin Hypotheken mit nicht nachhaltigen Kreditvergabekriterien oder einem hohen Anteil an Exception-to-Policy-Geschäften. Zudem besteht das Bewertungsrisiko, da Liegenschaftspreise sinken könnten. Dies betrifft vor allem den kommerziellen Bereich, wo strukturelle Veränderungen, z. B. Homeoffice, das Risiko leerstehender Büroflächen vergrössern. Schliesslich bestehen im Bereich der US-Gewerbeimmobilien Risiken von Spillover-Effekten auf europäische Banken und andere Finanzinstitute.

Ferner geben der rasch wachsende Bereich von Non-Banking-Financial-Institutions (NBFI) auf globaler Ebene Anlass zur Sorge. Gemeint sind hier Hedge Funds, Private Equity Funds und Credit Funds, die Kreditvergabe mit Leverage verbinden können. Das Financial Stability Board (FSB) ist hier zunehmend aktiv. Allerdings verstehen wir noch zu wenig, wie Kredite im NBFI-Bereich vermittelt werden und wie die Hauptakteurinnen und -akteure mit den Banken vernetzt sind. Das systematische Monitoring der Risiken im NBFI-Bereich, mit entsprechender Datensammlung und -analyse sowie das frühzeitige Erkennen aufkommender Risiken ist notwendig.

Im Bereich der nicht-finanziellen Risiken möchte ich mich auf jene konzentrieren, die am stärksten wachsen. Nicht-finanzielle Risiken sind typischerweise mehr qualitativer Natur und folglich schwieriger zu messen und zu steuern. Trotzdem ist es unabdingbar, dass die beaufsichtigten Institute diese Risiken nach wirksamen, regelmässig überprüften, dokumentierten und auf strenger Governance beruhenden Verfahren, identifizieren, analysieren und adressieren. Sie sollten auch im Rahmen des Risikoappetits eines Instituts berücksichtigt werden.

Die Risiken im Geldwäschereibereich sollten besonders hervorgehoben werden. Der Schweizer Finanzplatz ist ein weltweit führender, grenzüberschreitender Vermögensverwaltungsstandort für Privatkundinnen und -kunden. Dadurch ist er gegenüber Geldwäschereirisiken besonders exponiert. Entsprechend ist das Geldwäschereirisiko im letzten Jahr hoch geblieben, nicht nur bei den grösseren Banken, sondern vermehrt auch bei mittleren und kleineren Banken. Das Risiko ist auch für andere Finanzinstitute wie unabhängige Vermögensverwalter und Asset Manager von erhöhter Relevanz. Verletzungen von Sorgfalts- und Meldepflichten können für Finanzinstitute sowohl im Ausland als auch in der Schweiz rechtliche Konsequenzen und Reputationsschäden zur Folge haben. Besonders Kundinnen und Kunden aus Hochrisikoländern stellen weiterhin ein erhöhtes Risiko dar. Zudem nehmen Geldwäschereirisiken im Kryptobereich zu. Kryptowährungen werden nicht nur bei Cyberattacken, sondern auch bei illegalem Handel im Darknet als Zahlungsmittel verwendet. Letzteres dürfte auch für den Kanton Tessin, der sich in den Bereichen Fintech, Blockchain und Kryptowährungen entwickelt, von Bedeutung sein und durch verstärkte Kontrollmechanismen begrenzt werden.

Die FINMA prüft die Einhaltung der Sorgfaltspflichten in Bezug auf Geldwäscherei im Rahmen zahlreicher risikobasierter Vor-Ort-Kontrollen über sämtliche Aufsichtskategorien hinweg. Dabei richtet sie den Fokus auf die Festlegung und Umsetzung der Risikotoleranz sowie das Risikomanagement bei Instituten, die politisch exponierte oder staatsnahe Kundinnen und Kunden im Hochrisikobereich betreuen. Zudem hat die FINMA das Prüfprogramm für die Aufsichtsprüfung durch die Prüfgesellschaften totalrevidiert, um es effizienter zu gestalten.

Ein weiterer zentraler Bereich der nicht-finanziellen Risiken sind die Sanktionen, die im Zusammenhang mit den geopolitischen Spannungen zunehmen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ist für den Vollzug von Sanktionen in der Schweiz zuständig. Die FINMA ist für die Überwachung des Risikomanagements und der Kontrollen der Institute in Bezug auf Sanktionsrisiken gemäss den Finanzmarktgesetzen und -vorschriften verantwortlich. Diese Vorschriften verlangen, dass die beaufsichtigten Finanzinstitute alle Risiken, einschliesslich Rechts- und Reputationsrisiken, angemessen identifizieren, begrenzen und überwachen sowie ein wirksames Internes Kontrollsystem errichten, um die Sanktionsrisiken zu mindern. Die Rechts- und Reputationsrisiken für Finanzintermediäre, die Kundinnen und Kunden betreuen, die von ausländischen Sanktionen betroffen sind, haben sich erheblich erhöht. Insbesondere im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen

haben sich diese Risiken verschärft. Die Verordnung über «Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine» umfasst nicht nur die üblichen Finanzsanktionen gegen konkret aufgelistete Personen und Unternehmen. Sie verbietet auch bestimmte Finanzdienstleistungen für russische Staatsangehörige sowie für in der Russischen Föderation ansässige natürliche Personen und Unternehmen. Zudem verlangt sie Beschränkungen für den Handel bestimmter Waren (Gütersanktionen). So sind für eine Reihe von Gütern – insbesondere Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter – Verkauf, Lieferung, Ausfuhr, Transport und Durchfuhr in die Russische Föderation oder zur Verwendung in der Russischen Föderation verboten. Die Erbringung von bestimmten damit verbundenen Finanzdienstleistungen und die Gewährung von Finanzmitteln sind ebenfalls verboten. Namentlich auch das Risiko im Zusammenhang mit Geschäftsbeziehungen und Transaktionen mit von den USA oder der Europäischen Union sanktionierten Personen ist kaum begrenzt und entsprechende Kundenbeziehungen werden aus Risikomanagementsicht als hoch problematisch erachtet. Je länger die Sanktionsregime anhalten, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass sanktionierte Personen und Unternehmen die Sanktionsbestimmungen umgehen. Vor diesem Hintergrund steigen die damit einhergehenden Risiken für Finanzintermediäre.

Im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen hat die FINMA ihre Datenbasis weiter ausgebaut und nimmt bei verschiedenen exponierten beaufsichtigten Instituten Vor-Ort-Kontrollen und Abklärungen im Sanktionsmanagement vor. Diesbezüglich ist die FINMA im engen Austausch mit dem SECO.

Der dritte Bereich erhöhter nicht-finanzieller Risiken, den ich hervorheben möchte, ist der Bereich der Cyberrisiken. Wir beobachten wachsende Cyberrisiken, insbesondere durch die Auslagerung an externe Dienstleister. Dabei hat die Anzahl der bei der FINMA eingegangenen Meldungen über ganz oder teilweise erfolgreiche Cyberattacken gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zugenommen. Ein Grossteil der gemeldeten Angriffe wurde über externe Dienstleister (30 %) und über webbasierte Kanäle (23 %) sowie E-Mail (22 %) ausgeführt. Dieses Risiko wird durch die zunehmende Konzentration der Schweizer Finanzinstitute auf eine kleine Anzahl grosser Dienstleister, von denen viele im Ausland ansässig sind, noch verschärft.

Herr Capuano wird anschliessend spezifischer auf die Themen Cyberrisiken und Outsourcing an externe Dienstleister eingehen. Seit der Publikation des letzten Risikomonitors sind insbesondere kleine Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer im Fokus der Angriffe gestanden.

Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass die Beaufsichtigten jeder Grösse dieses Risiko als eigenständiges operationelles Risiko erkennen und einen entsprechenden Risikoappetit sowie Risikotoleranzen definieren.

Über die Stärkung der Resilienz hinaus ist es auch unumgänglich, dass sich alle Institute mit einem Szenario auseinandersetzen, in dem ihre Schutzvorkehrungen überwunden werden können und es einem Angreifer gelingt, den grösstmöglichen Schaden im Unternehmen anzurichten. In diesem Zusammenhang sind auch realistische und getestete Reaktionspläne ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um Cyberattacken effektiv meistern zu können.

Deshalb wird die FINMA den Fokus auch auf eine datenbasierte Aufsicht und Risikoerkennung legen und die Beurteilung des Cyber-Schutz-Dispositivs der Beaufsichtigten durch geeignete Instrumente, wie z. B. szenariobasierte Cyberübungen, verstärken.

Die FINMA wird nach wie vor risikobasiert vorgehen. Das bedeutet, dass die FINMA jene Bereiche, die für das Funktionieren des Finanzsystems zentral sind, bewusst intensiver als andere überwacht. Sie wägt den Einsatz ihrer Instrumente und Kompetenzen ab und setzt sie verhältnismässig ein. Die bedeutet konkret, dass die Massnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu den Risiken für Gläubigerinnen und Gläubiger, für Konsumentinnen und Konsumenten, für die Märkte und das Finanzsystem stehen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die von finanziellen und nicht-finanziellen Risiken geprägte Landschaft, in der sich die Finanzinstitute bewegen, hat sich zugespitzt und ist komplexer geworden. Es ist daher umso wichtiger, dass die Finanzinstitute diesen Entwicklungen in ihrer Governance und in ihrem Risikomanagement effektiv Rechnung tragen und ihren Risikoappetit entsprechend kalibrieren. Nur so können nachhaltige Geschäftsmodelle sichergestellt werden. Die FINMA schreitet dann frühzeitig ein, wenn sich abzeichnet, dass die beaufsichtigten Institute ihre Verpflichtungen betreffend Governance, Risikokultur und Compliance nicht nachkommen oder ihre Risiken nicht im Griff haben. Die FINMA ist einer prinzipienbasierten, proportionalen und technologieneutralen Aufsicht verpflichtet.

Ein angemessenes und effektives Risikomanagement ist eine notwendige Voraussetzung, um Vertrauen zu schaffen. Und ein Finanzinstitut, dem vertraut werden kann, ist resilienter. Ein effektives Risikomanagement mit einer angemessenen Unternehmensführung und Risikokultur ist essenziell für solide Finanzinstitute, für die Aufrechterhaltung der Finanzstabilität und den Wohlstand in unserem Land.